Das Beste aus beiden Welten: Planung und Preismechanismus

Von
Dozent Dr. Herbert Giersch
Münster (Westf.)

Es ist ein bedeutsames Zeichen für die internationale Einheit unserer Wissenschaft, wenn eine Schriftenreihe[1], die nach dem Willen ihrer verdienstvollen Herausgeber die Nachfolgeschaft von Schönbergs »Handbuch der politischen Ökonomie«[2] und des »Grundriß der Sozialökonomik«[3] antreten soll, mit der deutschen Übersetzung einer englischen Arbeit[4] eröffnet wird.

Es ist ein hoffnungsvolles Symptom für die zunehmende Überwindung des methodologischen Dogmatismus, wenn Edgar Salin auch im Namen des Mitherausgebers Arthur Spiethoff einleitend die Leistungen der

Anmerkung: Das »Weltwirtschaftliche Archiv« setzt mit dem vorliegenden Aufsatz die in Bd. 63 (1949 II), H. 1, begonnene internationale wissenschaftliche Diskussion über das Thema »Freie Wirtschaft oder Planwirtschaft« fort. Die in dieser Reihe erscheinenden Beiträge geben die Auffassungen der einzelnen Autoren wieder. Vgl. H. von Beckerath, Economic Planning in the Welfare State. »Weltwirtschaftliches Archiv«, Bd. 63 (1949 II), S. 49ff. — G. Mackenroth, Sozialistische Wirtschaftsverfassung. (Möglichkeiten, Formen und Grenzen.) Ebenda, S. 178ff. — K. W. Kapp, Economic Planning and Freedom. Ebenda, Bd. 64 (1950 I), S. 29ff. — J. Grunau, Rationalprinzip, Wirtschaftsrechnung und Wirtschaftssystem. Ebenda, S. 255ff. — H. Ritschl, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Ebenda, Bd. 65 (1950 II), S. 218ff. — Th. Surányi-Unger, Measuring Economic Freedom and Planning. Ebenda, Bd. 66 (1951 I), S. 245ff.

[1] Hand- und Lehrbücher aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften, hrsg. von Edgar Salin und Arthur Spiethoff.

[2] Handbuch der politischen Ökonomie. Hrsg. von G. von Schönberg. 4. Aufl. Tübingen 1896–1898. 3 Bde.

[3] Grundriß der Sozialökonomik. Bearb. von S. Altmann (u. a.). 2. Aufl. Tübingen 1923–1930. 6 Abt.

[4] James Edward Meade, Planung und Preismechanismus. Die liberal-soziale Lösung. Mit einer Einl. von Edgar Salin. Die Übers. wurde vorgen. durch Gottfried Bombach. Bern 1951. A. Francke. — Tübingen. J. C. B. Mohr. XVIII, 128 S. *DM* 8,60. — Engl. Ausg.: Planning and the Price Mechanism. The Liberal-Socialist Solution. London 1949. George Allen & Unwin. XIV, 130 S. 8/6.

modernen Theorie anerkennt und im gleichen Atemzug eine Tradition beschwört, die Schmoller und Sombart, Max und Alfred Weber und die österreichische Schule der Nationalökonomie umschließt. Nicht minder versöhnlich wirkt die Andeutung, daß das Programm der Schriftenreihe neben dem besten deutschen Lehrbuch der Rationaltheorie auch Werke der psychologischen, der verstehenden und der anschaulichen Nationalökonomie enthält. Man kann nur hoffen, daß dieses Vorhaben uns auch in seiner Verwirklichung ein Stück voranbringt auf dem Wege vom Methodenstreit über die Methodenduldung zur echten und sinnvollen methodischen Arbeitsteilung.

Es war ein glücklicher Griff, das Vorhaben mit der Herausgabe der Schrift eines Wissenschaftlers zu beginnen, der als scharfsinniger Theoretiker bekannt ist, gleichzeitig über einen reichen Schatz wirtschaftspolitischer Erfahrungen verfügt und der die Fähigkeit besitzt, ein konkretes historisches Problem zum Anlaß grundsätzlicher Erörterungen zu machen und in anschaulicher und einfacher Weise komplizierte Zusammenhänge darzustellen.

Wenn wir die Herausgeber dazu beglückwünschen können, daß sie gerade James Edward Meades Büchlein »Planung und Preismechanismus« ausgewählt haben, so vor allem deswegen, weil hier in undogmatischer Weise der ernsthafte Versuch unternommen wird, eine ordnungspolitische Lösung zu erarbeiten, welche die besten Elemente aus den Ideenwelten des Liberalismus und des Sozialismus miteinander kombiniert.

So gebührt den Herausgebern und den beiden kooperierenden Verlagsanstalten der Dank all derer, die der eitlen Betonung der Gegensätze zwischen deutschsprachiger und angelsächsischer Wissenschaft, zwischen historischer und rationaler Methode und zwischen angewandter und abstrakter Nationalökonomie ebenso überdrüssig sind wie der naiven Schwarz-Weiß-Malerei der wirtschaftspolitischen Dogmatiker.

Zu der Schrift von Meade selbst ist vieles zu sagen, und seine grundsätzliche Bedeutung rechtfertigt eine den normalen Rahmen überschreitende Rezension.

Ausgangsposition des Verfassers ist die moderne Wohlstandsökonomie[1]. Sie liefert ihm das wirtschaftspolitische Bewertungskriterium des »wirtschaftlichen Volkswohlstandes«, das er auch als »Höchstmaß an Nutzen für die Gemeinschaft«[2] und als »Wohl der Gemeinschaft«[3] und »maximaler Wohlstand«[4] umschreibt. Daneben — und darin liegt kein sachlicher

[1] Meade, a. a. O., S. 2, 8. (Die Seitenzahlen beziehen sich stets auf die deutsche Ausg.)
[2] Ebenda, S. 58ff.
[3] Ebenda, S. 59.
[4] Ebenda, S. 66.

Widerspruch — bekennt er sich persönlich zu einer »gleichen« Bewertung und Berücksichtigung von Sicherheit und Gerechtigkeit und von Freiheit und Leistungsfähigkeit[1]. Man könnte diese persönliche Position von Meade auch dahingehend formulieren, daß es ihm darauf ankommt, diese vier Werte so zu berücksichtigen, daß der (soziale) Grenznutzen jedes Wertes — analog dem 2. Gossenschen Gesetz — annähernd gleich ist. Scharfsinnige Kritiker, wie I. M. D. Little[2] würden sicherlich ohne Mühe die Vielzahl philosophischer Fallgruben aufdecken, die mit all diesen Formulierungen elegant verkleidet werden, aber wir wollen darauf verzichten aus einem wesentlichen Grund:

Eine allgemeine Formulierung einer Wertposition, die nicht völlig extrem ist in dem Sinne, daß man sich nur zu Freiheit und Leistungsfähigkeit einerseits oder zu Gerechtigkeit und Sicherheit anderseits bekennt, kann nie gleichzeitig so konkret und so definitiv sein, daß alle tatsächlichen Urteile zwangsläufig daraus folgen; denn das würde voraussetzen, daß diese Werte oder die daraus resultierenden sozialen Nutzen quantifizierbar und meßbar sind, was nicht der Fall ist und sein kann. Dennoch sind diese Formulierungen nicht sinnlos, weil sie die Wertposition wenigstens andeuten: wir wissen ungefähr, was die Extreme implizieren, und wir können wenigstens intuitiv erfassen, wo ungefähr die ausgewogene Mitte zu suchen ist. An einer Stelle[3] gibt uns Meade eine konkrete Stütze: Ausgehend von der konkreten Wertrealisierung in Großbritannien (im Jahre 1948) bekundet er seine Absicht, »Mittel zur Verbesserung der Verteilung von Einkommen und Wohlstand« zu suchen, »welche möglichst geringe nachteilige Wirkungen auf die wirtschaftlichen Antriebe ausüben«. (Unter »Verbesserung« versteht er dabei eine »Nivellierung«.) Entscheidend für das Bestreben Meades, eine mittlere Position des Gleichgewichts zwischen den Extremen zu finden, ist jedoch die stillschweigende Annahme, daß auch die Freiheit ein teilbares Gut ist: wir brauchen nicht die ganze Freiheit aufzugeben für etwas mehr Sicherheit und Gerechtigkeit. Das ist genau die Gegenposition zu Mises und Hayek, welche die Unstabilität irgendeiner mittleren Wirtschaftsordnung behaupten.

Das »Höchstmaß an (wirtschaftlichem) Nutzen für die Gemeinschaft« impliziert in komprimierter Formulierung,

1. daß die Individuen ihr Gleichgewicht zwischen dem Grenznutzen der Muße und dem Grenznutzen des Einkommens realisieren können (Fehlen von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und von Arbeitszwang),

---

[1] Meade, a. a. O., S. 40.
[2] I. M. D. Little, A Critique of Welfare Economics. Oxford 1950.
[3] Meade, a. a. O., S. 40.

2. daß der Grenznutzen des Einkommens für alle Individuen möglichst gleich ist, was bei Meade Einkommensnivellierung bedeutet,
3. daß die ökonomischen Startbedingungen und Erfolgschancen gleichmäßig sind (gleichmäßige Besitzverteilung),
4. daß der gesellschaftliche Grenznutzen jedes Produktionsfaktors in allen Verwendungsbereichen gleich ist (Optimalverteilung der Produktivkräfte: wirtschaftliche Leistungsfähigkeit).

Meade demonstriert[1] die auch von Eucken immer wieder unterstrichene Erfahrungstatsache, daß eine Zentralverwaltungswirtschaft Bedingung (4) nicht erfüllt und auch Konsumwahl und Arbeitsfreiheit bedroht (Bedingung 1). Die freie Verkehrswirtschaft ohne staatliche Interventionen vermag keine der vier Bedingungen zu erfüllen. Sie erlaubt Massenarbeitslosigkeit, ungleichmäßige Einkommens- und Besitzverteilung und erfüllt wegen der Monopolbildungen und der Unvollkommenheit der Konkurrenz (Reklamewesen) nicht die wesentliche Funktion, Privat- und Gemeininteresse in Übereinstimmung zu bringen (vgl. Bedingung 4). Der freie Preismechanismus ist vor allem dann unzureichend, wenn bei kurzfristig geringen Angebotselastizitäten häufige Anpassungen an starke Datenänderungen stattfinden müssen[2].

Aus der Unzulänglichkeit der Extreme sucht der Verfasser einen Ausweg: die Optimalkombination der besten Elemente beider extremen Ordnungen. Die liberalsozial(istisch)e Lösung heißt: planmäßige und kontrollierte Anwendung des Geld- und Preismechanismus. Dabei ist durch Planung und Kontrolle sicherzustellen:

1. ein hoher Beschäftigungsgrad bei monetärer Stabilität (Kap. II),
2. eine »faire« Einkommens- und Vermögensverteilung (Kap. III),
3. ein wettbewerbsähnliches Verhalten der Marktteilnehmer (Kap. IV).

Das beschäftigungspolitische Ziel des Verfassers ergibt sich aus dem Zusammenhang wie folgt: Beseitigung der Unterbeschäftigung der Produktionsfaktoren bis auf eine Friktionsarbeitslosigkeit von 4 v. H.[3], sofern dadurch keine Inflation heraufbeschworen wird. Sollte die Lohn-Preis-Spirale infolge der mit steigendem Beschäftigungsgrad steigenden Machtposition der Gewerkschaften schon früher in Gang kommen, so konzediert er aus Gründen der Währungsstabilität eine Arbeitslosigkeit bis zu 10 v. H. Er hofft jedoch, den Gewerkschaften durch seine Einkommens- und Besitzverteilungspolitik und durch die Maßnahmen gegen Monopolgewinne das Einkommensverteilungsargument[4] und auch das Lebens-

---

[1] Meade, a. a. O., S. 6ff.
[2] Ebenda, S. 2ff.
[3] Ebenda, S. 72.
[4] Ebenda, S. 77.

haltungskostenargument bei Verschlechterung der »terms of trade«[1] zu entwinden und sie zu der Annahme von Gleichgewichtslöhnen zu bewegen, die mit den Veränderungen der Wert-Produktivität der Arbeit in den einzelnen Industrien und den einzelnen Regionen Schritt halten[2].

Daneben schlägt er Maßnahmen zur Erhöhung der Markttransparenz auf dem Arbeitsmarkt[3] und staatliche Subventionen der Umzugskosten zur Erhöhung der räumlichen Mobilität der Arbeit vor.

Trotzdem ist Meade Realist genug, um das Problem der strukturellen Mangelberufe (z. B. Bergbau) zu sehen, aus denen gerade die beweglichen Arbeiter wegen des relativ hohen Arbeitsleides sofort abwandern, wenn sich bei hohem Beschäftigungsgrad leichtere Arbeit finden läßt. Jedenfalls muß man sich darüber klar sein, daß bei der geringen Mobilität der Arbeit sehr starke interregionale und interindustrielle Lohndifferenzen notwendig sind, um bei größeren Störungen die erforderlichen Umstrukturierungen in angemessener Zeit allein durch den Lohnmechanismus auszulösen; und wenn dabei jedesmal auch die intramarginalen Löhne mitschwanken sollen, nur um die marginalen Arbeitskräfte zu bewegen, so ist das nicht nur ein erheblicher Unsicherheitsfaktor für die unternehmerische Kalkulation, sondern auch eine Quelle von Zufallsgewinnen und -verlusten bei den Arbeitseinkommen, die mit dem Prinzip der Einkommensgerechtigkeit kaum verträglich sein dürften. Es ist daher zu bedauern, daß Meade nicht größeres Gewicht auf Anreize legt, die schwerpunktmäßig nur im zu bewegenden marginalen Bereich zum Ansatz gelangen: geldliche Umstellungs- und Umschulungsprämien, Zurverfügungstellung besseren Wohnraumes, Ausstattungsdarlehen usw. Ein genaueres Studium der soziologisch bedingten Immobilitätsgründe hätte sicher auch zu einer Reihe konstruktiver metaökonomischer Vorschläge geführt. Es bleibt hinzuzufügen, daß der Verfasser die Beschäftigungsproblematik von Großbritannien aus sieht und daher Fragen der strukturellen Arbeitslosigkeit infolge unzureichender Sachkapitalausrüstung oder Bevölkerungsüberhangs, wie im Nachkriegs-Deutschland oder in Italien, unberücksichtigt läßt.

Zur Sicherung der monetären Stabilität und eines hohen Beschäftigungsgrades empfiehlt der Verfasser die Aufstellung einjähriger Nationalbudgets, bestehend aus einer Schätzung der volkswirtschaftlichen Produktionskapazität (»geplantes Volkseinkommen«) unter den Bedingungen monetärer Stabilität und einer Schätzung der voraussichtlichen privaten

---

[1] Meade, a. a. O., S. 76.

[2] Ebenda, S. 74.

[3] Der sich für diese Fragen interessierende Leser sei auch auf Lerners Vorschlag eines »Index der relativen Anziehungskraft« der einzelnen Berufe hingewiesen, der als Grundlage der Lohnpolitik bei Vollbeschäftigung und als Marktspiegel gedacht ist. Vgl. A. P. Lerner, Economics of Employment. New York, Toronto and London 1951. Kap. 14.

und öffentlichen Gesamtnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zuzüglich des voraussichtlichen Saldos der Leistungsbilanz. Diese Nationalbudgets, wie sie übrigens in einer Reihe von Ländern mit unterschiedlichem Erfolg aufgestellt werden, sollen zur Ermittlung der voraussichtlichen Inflations- oder Deflationslücke und als Grundlage zur planmäßigen Beeinflussung der Gesamtnachfrage dienen. Während die Nachfrageseite dieser *ex ante*-Gleichung in befriedigendem Maße durchleuchtet wird, hätte man gern über die Problematik der Vorausschätzung der volkswirtschaftlichen Produktionskapazität und über die bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet mehr gehört als nur einen Satz. Hier spielt nämlich das ganze Engpaßproblem hinein, wobei unzureichende Importmöglichkeiten als ein einziger komplexer Engpaß aufzufassen sind. Wer jemals Gelegenheit hatte, an der Aufstellung oder Prüfung eines auch nur für wenige Monate geltenden Importprogramms mitzuarbeiten, weiß, welche Fülle von Informationen über das voraussichtliche Weltmarktangebot wichtiger Rohstoffe, über langfristige Lieferungsabkommen anderer Länder, über die voraussichtliche Preisgestaltung, über die eigene Lagerhaltung, über die eigenen Exportmöglichkeiten und -notwendigkeiten erforderlich sind, um eine derartige Vorausschätzung realistisch und in sich widerspruchsfrei zu machen. Dabei ist ein Importprogramm nur ein Teilstück und gleichsam ein Datum für die Bestimmung des »geplanten Volkseinkommens« oder — wie wir lieber sagen — der volkswirtschaftlichen Produktionskapazität. Wenn dieses »geplante Volkseinkommen« im Vorjahr annähernd realisiert war, so ist das Problem einfach: man braucht nur die Istzahlen des Vorjahres in die Zukunft zu projezieren, d.h. durch sinnvolle Korrekturen in Planzahlen zu verwandeln. Diese Projektionsmethode ist jedoch nicht anwendbar, wenn das vorjährige Volkseinkommen erheblich unter dem potentiellen Volkseinkommen lag. Dann nämlich muß man einigermaßen informiert sein über

a. die technischen Kapazitäten der einzelnen Industriezweige,
b. den Bedarf an Rohstoffen, Zwischenprodukten und Arbeitskräften (d. h. die input-output-Relationen) für die verschiedenen Ausnutzungsgrade der technischen Kapazitäten,
c. die voraussichtlich verfügbaren Rohstoffmengen (möglicher Import minus notwendigem Export plus möglicher Inlandproduktion plus/minus notwendiger oder möglicher Lagerbestandsänderungen) und die verfügbaren Arbeitskräfte in ihrer räumlichen und beruflichen Gliederung.

Kennt man auf Grund dieser Informationen die Produktionsmöglichkeiten jeder Industrie, so kann man das Zusammensetzspiel beginnen und feststellen, in welchen Bereichen und bei welchem Volkseinkommen Engpässe auftreten, ob diese Engpässe durch Lagerabbau, zusätzliche Im-

porte, verminderte Exporte, durch Umschichtung der Arbeitskräfte oder durch Ausweitung der technischen Kapazitäten von selbst verschwinden oder beseitigt werden können. Dabei muß man bereits eine Vorstellung besitzen von der vermutlichen Zusammensetzung der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern bei den verschiedenen Volkseinkommensniveaus, muß abschätzen, ob nicht in einzelnen Bereichen erhebliche Überkapazitäten existieren, ob diese Überkapazitäten durch zusätzliche Auslandnachfrage beseitigt werden könnten, ob dies beim gegebenen Wechselkurs möglich ist usw. Aus der notwendig werdenden Berücksichtigung der Nachfragestruktur ergibt sich schon, daß auch eine starke Interdependenz zwischen der linken und der rechten Seite der Gleichung »geplantes Volkseinkommen« gleich »geplante volkswirtschaftliche Ausgaben« besteht, die Meade übergeht, d. h. wir müssen die makroökonomischen Einkommenselastizitäten der Konsumgüternachfrage bei verschieden hohen Volkseinkommensniveaus abschätzen, was wiederum voraussetzt, daß wir eine Vorstellung haben von den bei kurzfristigen Steigerungen des Volkseinkommens eintretenden Veränderungen der Einkommensverteilung. All dies ist in Friedenszeiten schwieriger als im Krieg, wenn die Haushalte und Betriebe alles absorbieren, was für den Zivilsektor produziert wird. Es würde an dieser Stelle zu weit führen und muß einer besonderen Abhandlung vorbehalten bleiben, die Problematik einer hinreichend genauen Abschätzung der volkswirtschaftlichen Produktionskapazität eingehender zu erörtern. Nehmen wir daher an, es gelänge dem Planungsbüro, mit Hilfe hervorragend geschulter Ökonomen und Statistiker auf der Basis realistischer außenpolitischer und weltwirtschaftlicher Prämissen und mit Hilfe zuverlässiger Informationen über die vorhandenen ausnutzbaren Kapazitäten und Produktionsfaktoren und unter Berücksichtigung aller Ergebnisse der empirischen Forschung über die Einkommenselastizitäten der privaten Nachfrage nach den wichtigsten Konsum- und Investitionsgütergruppen eine hinreichend detaillierte und widerspruchsfreie volkswirtschaftliche Vorschaurechnung aufzustellen, so verbleibt noch die Frage der Genauigkeit der Schätzungen. Wenn man bei einem Volkseinkommen in der Größenordnung von — sagen wir — 100 Mrd. *DM* die linke und die rechte Seite der Gleichung um nur 5 v. H. verschätzt, was gering erscheinen mag, so ist es durchaus möglich, daß man eine Deflationslücke von 20 v. H. ausrechnet, während vielleicht bei richtiger Schätzung eine Deflationslücke von 10 v. H. zu erwarten wäre. Wenn man dann noch die im Plan errechnete Deflationslücke von 20 Mrd. *DM* durch ein staatliches Haushaltsdefizit von 20 Mrd. *DM* stopft, so resultiert die Fehlschätzung in einer tatsächlichen Inflationslücke von 10 Mrd. *DM*. Mit diesem vielleicht etwas extremen Beispiel soll nur gezeigt werden, daß es für die Festlegung der monetären Beschäfti-

gungspolitik nicht genügt, eine Vorschaurechnung einmal im Jahr aufzustellen, daß man versuchen muß, die Gesamtnachfrage nur langsam in die volkswirtschaftliche Produktionskapazität hineinwachsen zu lassen, daß man im Zuge dieses Tâtonnements laufende Korrekturen in Form einer monatlichen Vorschaurechnung vorzunehmen hat, daß dafür eine schnelle Aufbereitung und Auswertung des laufenden statistischen Materials nötig ist, kurz, daß es eines auf Tuchfühlung mit den Ereignissen bedachten und reaktionsfähigen ökonomisch-statistischen Apparates bedarf, der in der Lage ist, kurzfristige »tableaux économiques à la Leontief« als Unterlage für die wirtschaftspolitische Gratwanderung zwischen Inflation und Deflation zu erstellen.

Der von Meade diskutierte Katalog der Mittel einer monetär-finanzwirtschaftlichen Beschäftigungspolitik setzt einen gleichermaßen reaktionsfähigen, ökonomisch geschulten und leistungsfähigen Verwaltungsapparat voraus.

Da ist zunächst »die richtige Zeitwahl für öffentliche Ausgaben«. Meade konzediert in Antizipation eines späteren Arguments von Schmölders, daß Möglichkeiten der Zeitwahl bei den normalen Verwaltungsausgaben (wegen der zur Erfüllung der »Ordnungsaufgabe« des Budgets notwendigen Vorherigkeit und Jährlichkeit des Budgets — um mit Schmölders zu sprechen) nicht gegeben sind und warnt auch vor einer Überschätzung der Möglichkeiten eines raschen Wechsels der Ausgaberaten für öffentliche Investitionen. Dennoch legt er mehr fordernd als hoffend entscheidendes Gewicht auf eine bewußte Entwicklung des Verwaltungsapparats zur Erleichterung einer angemessenen Variierung der öffentlichen Investitionsausgaben.

Auch die vorgeschlagenen mikrofiskalischen Mittel (variable Sätze für direkte und indirekte Steuern in Verbindung mit kompensatorischen Haushaltsüberschüssen und -defiziten) erfordern einen Wechsel der Methoden der fiskalischen Politik und, wie wir hinzufügen möchten, eine weitgehende Unabhängigkeit des Finanzministers vom Parlament und den Interessentengruppen, aber auch eine hohe Steuermoral der Privatwirtschaft. Die vorgeschlagene Besteuerung (und Subventionierung) des Kapitalgütererwerbs und die geforderte Flexibilität der Steuersätze für ausgeschüttete Gewinne (bei unveränderten Sätzen für die unausgeschütteten Gewinne) laufen auf eine Stabilisierung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und der Investitionen hinaus und sollen den Zinsmechanismus ergänzen, auf den der Verfasser großen Wert legt.

Durch Zinserhöhung (-senkung) in Inflations-(Deflations-)perioden sollen die Obligationenkurse gedrückt (gehoben) und soll die Erhöhung (Senkung) der Aktienkurse gebremst werden, um dadurch die Konsumneigung der Wertpapierbesitzer und die Investitionsneigung der Unter-

nehmer zu vermindern (erhöhen). Da der Einfluß auf die volkswirtschaftliche Konsumneigung offensichtlich *ceteris paribus* um so geringer sein wird, je stärker der Wertpapierbesitz konzentriert ist, sieht man deutlich, wie stark der erhoffte Erfolg von dem der Einkommens- und Besitzverteilungspolitik abhängt.

Dem Investitionseffekt der Zinsmanipulierung wird von Meade verständlicherweise nur in risikoarmen Investitionsbereichen große Bedeutung beigemessen. Um so wichtiger erscheint ihm die Wirkung auf den Zeitpunkt und den Charakter der Investitionen. Aber er verhehlt auch nicht die Schwierigkeiten, die sich einer wirksamen Handhabung des Zinsmechanismus bei starken und vorübergehenden Störungen entgegenstellen.

Ein Aufschub volkswirtschaftlich unerwünschter langfristiger Investitionen (zugunsten solcher mit kurzfristigem Kapazitätseffekt und niedrigen Kapitalkoeffizienten) in Perioden vorübergehenden Inflationsdrucks hat bei großen Selbstfinanzierungsmöglichkeiten neben einem hohen Geldzins und einem hohen Kapitalzins zur Voraussetzung, daß mit einem Absinken des Kapitalzinses in absehbarer Zeit gerechnet wird und die am offenen Markt operierende Notenbank die Versicherung abgibt, den Kapitalzins in Kürze wieder zu drücken. In einer solchen Situation muß aber die Notenbank wegen der so induzierten sicheren Spekulationserwartungen mit ganz erheblichen Wertpapiermengen operieren und ebenso erhebliche Verluste in Kauf nehmen, wenn ihr starke Kapitalzinsänderungen gelingen sollen. Den beträchtlichen Verlusten der Notenbank stehen dann ebenso erhebliche Spekulationsgewinne gegenüber, die dem Prinzip der Einkommensgerechtigkeit widersprechen.

Es geht leider nur aus einer Fußnote hervor, daß Meade in solchem Falle unbedingt auf die Besteuerung (und spätere Subventionierung) der Kapitalgüter ergänzend zurückgreifen würde, aber es würde uns scheinen, daß man dann auch konsequent versuchen müßte, zwischen kurz- und langlebigen Kapitalgütern wirksam zu unterscheiden. Ob es derartige Unterscheidungsmerkmale gibt, sei dahingestellt, andernfalls wäre u. E. auf zeitweilige Verbote bestimmter Investitionen nicht zu verzichten.

Es erscheint zweckmäßig, an dieser Stelle die außenhandelspolitischen Darlegungen Meades zu besprechen und zugleich dem Leser zu empfehlen, das fünfte Kapitel unmittelbar im Anschluß an das zweite zu studieren. Der Verfasser unterstreicht deutlich, daß die interne monetäre Stabilität eine Voraussetzung für das Zahlungsbilanzgleichgewicht und den Abbau der Importbeschränkungen ist und daß auch die Kapitalfluchtgefahr geringer ist, wenn die heimischen Zinssätze nicht bewußt gedrückt werden. Diskrepanzen zwischen heimischer Beschäftigungspolitik und Zahlungsbilanzgleichgewicht (wie sie in der Zwischenkriegszeit an der Tagesordnung waren) sind um so weniger zu erwarten, wenn auch im Ausland ein hoher

Beschäftigungsgrad realisiert ist, wenn bei Zahlungsbilanzdefizit eine Abwertung nicht durch gleichzeitige Abwertungen der Überschußländer paralysiert wird und wenn die letzten im Gegenteil zur Aufwertung bewogen werden können und auf quantitative Importkontrolle und Prohibitivzölle verzichten. Vor allem ist wichtig, daß die Überschußländer auch wirklich einen Ausgleich ihrer Leistungsbilanz erreichen wollen und die deflatorische Wirkung erhöhter Importe und verminderter Exporte durch entsprechende Erhöhung der heimischen Gesamtnachfrage neutralisieren. Unter diesen Voraussetzungen, die teilweise über die Bestimmungen der (vom Verfasser übrigens mit ausgearbeiteten und im Anhang diskutierten) Havanna-Charta hinausgehen, sieht er die Funktionsfähigkeit auch des internationalen Preismechanismus gewährleistet, und es ist beachtenswert, daß er — im Gegensatz zu Balogh — auch Großbritanniens Belange in einer vom Geist von Havanna beherrschten liberalen Weltwirtschaftsordnung am besten gewahrt sieht.

Das Problem der liberal-sozial(istisch)en Lösung Meades liegt jedoch in der Einkommens- und Besitzverteilung. Von seiner Lösung hängt die soziale Vertretbarkeit des Preis- und Zinsmechanismus[1] und — wie gezeigt — die Bereitwilligkeit der Gewerkschaften zu einer markt- und beschäftigungskonformen Lohnpolitik ab. Man spürt förmlich, wie der Verfasser im Sinne seiner eingangs beschriebenen Grundkonzeption nach Möglichkeiten sucht, den Kompromiß zwischen Freiheit und Leistungsfähigkeit auf der einen und Gerechtigkeit und Sicherheit auf der anderen Seite gleichsam durch einen »technischen Fortschritt« in der Einkommensverteilungspolitik auf einer höheren »community-indifference-curve« zu schließen.

Wegen der starken Prämiierung der Muße und der nachteiligen Wirkungen auf die interpersonelle Arbeitsteilung scheidet eine Verstärkung der Einkommensteuerprogression auf der Seite des »Wegnehmens« ebenso aus wie auf der Seite des »Gebens« die Subventionierung der Nahrungsmittelpreise wegen der damit verbundenen finanziellen und materiellen Vergeudung. Daher greift der Verfasser auf einen Vorschlag zurück, der aus den Kreisen der Liberalen Partei kommt: auf den Redistributionsplan von Lady Rhys Williams, der einen Ersatz aller sozialpolitischen Unterstützungs- und Steuerbegünstigungsmaßnahmen durch eine für alle erwachsenen Staatsbürger einheitliche Sozialdividende (mit niedrigeren Sätzen für Kinder) vorsieht. Meade sieht die Vorzüge des Plans (verwaltungsmäßige Vereinfachung, Gewinn an persönlicher Freiheit durch

[1] Dies hat der Rezensent in bezug auf die konkrete deutsche Lage an anderer Stelle diskutiert. Vgl. H. Giersch, Der Ausgleich der Kriegslasten vom Standpunkt sozialer Gerechtigkeit. (Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund, Buchreihe: »Soziale Forschung und Praxis«, Bd. 8.) Recklinghausen 1948. S. 16ff.

Wegfall aller Bedürftigkeitsprüfungen, möglicherweise größere Gleichheit der Einkommensverteilung und leichtere Beeinflußbarkeit der volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben) ebenso wie die nachteiligen Wirkungen auf die Arbeitsbereitschaft (falls kein Entzug bei Arbeitsverweigerung erfolgt) und auf die Initiative der Bezieher niedrigerer Einkommen (wegen der mit der vorgesehenen Abschwächung der Einkommensteuerprogression verbundenen Erhöhung der Steuersätze für die niedrigen Einkommen). Er deutet auch einige Verbesserungsmöglichkeiten an, gelangt aber zu keinem definitiven eigenen Vorschlag. Es wäre begrüßenswert, wenn man die Grundzüge dieses Plans auch einmal auf deutsche Verhältnisse anwenden und mit den entsprechenden deutschen Größenordnungen auf akademischer Ebene diskutieren würde.

Viel wichtiger als das Kurieren am Symptom durch die Einkommensverteilung erscheinen dem Verfasser die Möglichkeiten einer Strukturtherapie:

a. Nivellierung der Ausbildungs- und Aufstiegschancen durch Sozialisierung der Ausbildungskosten und Sicherung des freien Eintritts in alle Berufe (bei Mindestanforderungen an Fertigkeit und Ausbildung),
b. eine Reform des Erbrechts (Ersatz der Erbschaftsteuer durch Festsetzung eines Maximums, das ein Individuum erben oder durch Schenkung erwerben kann), zwecks völliger Umgestaltung der Gesellschaftsordnung innerhalb einer Generation[1] bei gleichzeitiger Erhöhung des Vermögensbildungsanreizes im Vergleich zur gegenwärtigen englischen Situation[2],
c. als *ultima ratio* eine einmalige Kapitalabgabe zur sofortigen Nivellierung der Vermögensunterschiede[3] und zur Erhöhung des Akkumulationsanreizes[4] durch Beseitigung der eine individuelle Vermögensillusion begründenden hohen Staatsverschuldung[5].

Die beiden ersten Möglichkeiten verdienen wegen ihrer leichteren Realisierbarkeit (und vielleicht wegen ihrer langsameren Wirkung) unter normalen Bedingungen den Vorzug. Der Rezensent glaubt jedoch, aus persönlichen Andeutungen des Verfassers schließen zu dürfen, daß er im deutschen Fall der direkten Vermögensumschichtung im Rahmen des Lastenausgleichs nicht minder große Bedeutung beimessen würde[6]. Die

[1] Meade, a. a. O., S. 50.
[2] Ebenda, S. 49.
[3] Ebenda, S. 51.
[4] Ebenda, S. 52.
[5] Ebenda, S. 52f.
[6] Eine Analyse der Problematik und der spezifischen Lösungsmöglichkeiten findet der interessierte deutsche Leser in der bereits zitierten Arbeit des Rezensenten. Es kann daher auf eine Stellungnahme zur Argumentation des Verfassers in diesem Rahmen verzichtet werden.

vorgeschlagene Erbrechts- und Erbschaftsteuerreform ist durchaus diskussionswürdig. Ihre erb- und sachenrechtlichen, finanzwirtschaftlichen, soziologischen und ökonomischen Implikationen könnten Gegenstand fruchtbarer Untersuchungen werden.

Meades Instrumentarium der Wettbewerbspolitik enthält die meisten der in neoliberalen Kreisen diskutierten Mittel: Gewerbefreiheit, Verbot der Kartelle und Preisbindungen aller Art, Umgestaltung des Patent- und des Gesellschaftsrechts, Aufklärung der Konsumenten durch unabhängige Warenprüfungsinstitute, Eindämmung des Reklamewesens durch Einschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Reklamekosten und Beseitigung des Außenhandelsprotektionismus. Daneben weist er auf die (übrigens von Pigou seit langem dargelegte) Notwendigkeit hin, auftretende Divergenzen zwischen privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kosten und Erträgen durch ein System besonderer Steuern und Subventionen auszugleichen. Wenn (bei sinkenden Grenzkostenkurven) Monopole wohlstandspolitisch erwünscht sind, empfiehlt er die staatliche Festsetzung von maximalen Angebots- und minimalen Nachfragepreisen, und wenn diese Gewinneinengung zur Minderung der Leistungsfähigkeit (Qualitätsminderung und Kostenerhöhung) führt oder die Grenzkosten stark unter den Durchschnittskosten liegen, tritt er konsequent für die Sozialisierung ein. Seine Vorschläge für das Marktverhalten sozialisierter Betriebe entsprechen genau der bekannten Lerner-Regel[1]. Es ist zu bewundern, mit welcher Einfachheit er das komplizierte Grundproblem darstellt, wie er es aber auch geschickt vermeidet, die Fülle der ungeklärten Detailprobleme anzurühren.

Da die »Regel« die Korrespondenz zwischen Betriebsgewinn einerseits und Leistungsfähigkeit und Fortschritt anderseits aufhebt, bleibt für Meade nur die Hoffnung, daß sich ein Betriebsleitertyp entwickelt, der beim Fortschrittsstreben das fehlende Gewinnmotiv durch großen Berufsstolz ersetzt[2]. Hier eröffnet sich eine gefährliche Alternative zwischen dem Gewinnkriterium und, um es plastisch auszudrücken, dem »Sabotage«-Kriterium, sofern man Bürokratie und Stagnation vermeiden will[3].

---

[1] Vgl. A. P. Lerner, The Economics of Control. Principles of Welfare Economics. New York 1946. S. 62ff. Der interessierte Leser versäume jedoch nicht, auch die spätere umfangreiche Literatur über das Problem der Preisbildung sozialisierter Industrien zu studieren.

[2] Meade, a. a. O., S. 69.

[3] Wäre es aus diesem Grunde nicht besser, die Sozialisierung nur für solche Industrien anzuraten, die ohnehin in ein technisches Reifestadium eingetreten sind oder auf die »Regel« zu verzichten, mit Durchschnittskosten kalkulieren zu lassen und das Gewinnkriterium zu akzeptieren? Könnte man nicht die monopolistische Produktionszurückhaltung auch durch eine Gewinnsteuer ausschalten, die so konstruiert ist, daß der Gewinn nach Abzug der Steuer proportional der physischen Ausbringung ist?

Damit stoßen wir auf den wunden Punkt: erfordert die »Planung des Preismechanismus« nicht einen Menschentyp, den es noch nicht in genügender Anzahl gibt? Man denke an die an den statistischen Apparat, an die Wirtschafts- und Finanzverwaltung gestellten Anforderungen. Man denke daran, welche Gesetzgebungsarbeit und welches Maß an volkswirtschaftlicher Einsicht vom Parlament verlangt werden, welche Zügel sich die Gewerkschaftsführer anlegen müssen, ganz zu schweigen von den Betriebsleitern »neuen Typs« für die zu sozialisierenden Industrien. Um es auf eine kurze Formel zu bringen: Nötig ist eine volkswirtschaftlich ausgezeichnet geschulte, charakterstarke und leistungsfähige Elite im politischen Leben und in der Exekutive.

Nötig ist aber auch eine Reihe genialer wirtschaftspolitischer »Erfinder«, die an den vielen Stellen mit Phantasie und Gründlichkeit wissenschaftlich weiterarbeiten, wo Meade mit einem Fragezeichen, einer Hoffnung oder einer Forderung aufhört. Und das ist an einigen sehr entscheidenden Punkten der Fall, vor allem bei den verteilungspolitischen Fragen, ohne deren Lösung das System eine offene linke Flanke hat.

Wegen der vielen verbleibenden Fragezeichen hätten wir auch das Wort »Lösung« im Untertitel gern gemißt. Aber ein vernünftiger Weg scheint es uns zu sein, den Meade andeutet, und deshalb möchten wir hoffen, daß diese mit Herz und Verstand so undogmatisch und interessant verfaßte Schrift auch außerhalb der Hochschulen zu fruchtbarem Nachdenken anregt[1].

* *
*

Summary: The Best of Both Worlds: "Planning and the Price Mechanism". — The German edition of Professor Meade's "Planning and the Price Mechanism" is saluted as a suggestive contribution to the discussion about the fundamentals of economic policy, because it aims at a combination of the best elements of government control and the free working of the price mechanism.

Meade recommends monetary and fiscal employment policy within the framework of national budgeting, the maximum level of employment being determined at the point where the wage price spiral begins. Redistribution of income and property is advocated as far as possible without reducing incentives, and new methods are proposed which deserve further discussion and a thorough investigation in the

[1] Die Übertragung der Schrift durch Dr. Bombach ist im allgemeinen recht flüssig und verständlich. Auf die wenigen Mängel braucht hier nicht eingegangen zu werden, da die Beanstandungen dem Übersetzer direkt mitgeteilt wurden.

Es wäre begrüßenswert, wenn Bombach seine bei dieser Übertragung entwickelten Fähigkeiten in den Dienst weiterer Übersetzungsaufgaben stellen würde.

light of concrete economic and sociological facts. In order to raise the efficiency of the price mechanism the government ought to make markets more perfect, abolish restrictions and control monopoly positions by fixing minimum input prices and maximum output prices. Whenever there is danger that such a policy is ineffective or that the advantages of mass production may be lost the government ought to socialise the respective industries and enforce marginal cost pricing. Trade Unions ought to behave quasi competitively in the labour market so that the price mechanism can work in the textbook fashion. A higher level of employment and the advocated redistribution policy are thought to be a sufficient compensation for the Trade Unions. In the field of international trade a liberal policy in the spirit of Havanna is recommended.

Though being in agreement with the author's basic philosophy the reviewer casts several doubts on the possibility of carrying through the advocated policy. The author's liberal socialist solution would presuppose a quickly working government machine, an equally flexible administration, a statistical organisation which produces always up to date figures, a planning section which is able to make sufficiently reliable forecasts of the public's propensity to spend, of the industries' capacity to produce, of the world market's supply of key materials and the world demand for exports. Loyal taxpayers, efficient tax collectors and the right sort of Trade Union leaders may be lacking in many countries as well as a new type of managers needed for socialised industries.

*

Résumé: Ce qu'il y a de mieux dans les deux mondes: direction économique et le mécanisme des prix. — L'édition allemande du livre du professeur Meade «Planning and the Price Mechanism» est saluée comme une contribution interessante à la discussion des principes de politique économique, parce que l'auteur cherche à réunir les éléments les meilleurs du contrôle gouvernemental avec le libre jeu du mécanisme des prix.

Meade recommande une politique monétaire et fiscale d'emploi dans le cadre du budget national, le niveau maximum de l'emploi étant déterminé par le point où commence la spirale des salaires. Il est recommandé de rédistribuer autant que possible les revenus et les biens sans, toutefois, diminuer les stimulants de l'initiative privée. De nouvelles méthodes sont proposées, qui méritent d'être discutées plus en détail et d'être étudiées plus à fond à la lumière des réalités économiques et sociologiques. Afin de rendre plus efficace le mécanisme des prix, le gouvernement devrait ajuster les marchés; il devrait abolir toute restriction et contrôler les monopoles en fixant des prix «input» minimum et des prix «output» maximum. Du moment qu'une telle politique risque d'être inefficace, ou qu'on risque de perdre les avantages de la fabrication en série, le gouvernement devrait socialiser les industries en question et imposer des prix de coûts marginaux. Dans le marché du travail les syndicats devraient se comporter d'une façon quasi-compétitive, afin que le mécanisme des prix puisse agir suivant la règle. L'élévation du niveau de l'emploi ainsi que la politique de rédistribution recommandée sont jugées être une compensation suffisante pour les syndicats ouvriers. Dans le domaine du commerce international le professeur recommande une politique libérale dans l'esprit de Havanne.

Bien que le rapporteur soit d'accord avec l'auteur en ce qui concerne les principes, il a ses doutes en ce qui concerne la réalisation de la politique proposée. La solution libéral-socialiste, que l'auteur propose, exige un mécanisme gouvernemental très agile, une administration toute aussi flexible, un service de statistiques qui fournit toujours les derniers chiffres et un département de direction économique à même de faire des prévisions suffisamment exactes au sujet des dépenses que le public sera

disposé de faire, au sujet de la capacité productrice des industries, de l'offre dans le marché mondial des matières de base, et de la demande mondiale en exportations. Il se peut bien qu'un nombre de pays manqueront ou de contribuables loyaux, ou de receveurs capables, ou d'hommes capables de diriger les syndicats ouvriers, ou enfin du nouveau type de directeurs, dont on aura besoin pour les industries socialisées.

*

Resumen: Lo mejor de ambos mundos: planeamiento económico y el mecanismo de los precios. — La edición alemana de la obra del profesor Meade titulada «Planning and the Price Mechanism» es acogida como una valiosa contribución a la discusión sobre los principios de la política económica, porque aspira a unir los mejores elementos del control gubernamental con el libre juego del mecanismo de los precios.

Meade recomienda una política monetaria y fiscal de ocupación en el ámbito del presupuesto nacional, el nivel máximo de la ocupación siendo determinado por el punto donde comienza la espira de los salarios. Se recomienda de redistribuir en lo posible las rentas y los bienes sin disminuir los incentivos de la iniciativa privada. Se proponen nuevos métodos que son dignos de ser discutidos más detalladamente y de ser estudiados más a fondo en el claro de las realidades económicas y sociológicas. Para aumentar la eficacia del mecanismo de los precios, el gobierno debería mejorar los mercados; debería abolir las restricciones y controlar los monopolios fijando precios «input» mínimos y precios «output» máximos. Siempre cuando tal política corre el riesgo de resultar ineficaz o cuando se corre el riesgo de perder las ventajas de la producción en masa, el gobierno debería socializar las industrias respectivas y forzar precios de coste marginales. En el mercado del trabajo los sindicatos de obreros deberían comportarse de manera casi-competitiva, para que el mecanismo de los precios pueda funcionar según la regla. La elevación del nivel de la ocupación y la política de redistribución recomendada son consideradas como una compensación suficiente para los sindicatos. En el sector del comercio exterior se recomienda una política liberal en la mente de la Habana.

Aunque el crítico esté de acuerdo con el autor en lo que concierne los principios, expresa sus dudas en lo que concierne la realización de la política propuesta. La solución liberal-socialista propuesta por el autor exige un mecanismo gubernamental muy ágil, una administración lo mismo flexible, un servicio estadístico que siempre entrega las últimas cifras y un departamento de planeamiento económico que está en posición de hacer los cálculos previos más exactos posible sobre la propensión del público a comprar, sobre la capacidad productiva de las industrias, sobre la oferta de materias llaves en el mercado mundial y sobre la demanda mundial para exportaciones. Podría suceder que faltan en muchos paises los contribuyentes leales, los recaudadores capaces o los líderes sindicalistas apropiados o, por fin, el nuevo tipo de empresarios que se necesitarán para las industrias socializadas.

*

Riassunto: Il meglio nei due mondi: pianificazione economica e il meccanismo dei prezzi. — L'edizione tedesca dell'opera del professore Meade titolata «Planning and the Price Mechanism» è salutata come una contribuzione interessante alla discussione sui principi della politica economica, perchè ha in mira di unire i migliori elementi del controllo governativo col libero gioco del meccanismo dei prezzi.

Il Meade raccomanda una politica monetaria e fiscale d'occupazione nel quadro del bilancio dello Stato, essendo determinato il livello massimo dell'occupazione dal punto nel quale comincia la spirale dei salari. È raccomendato di redistribuire per quanto possibile i redditi ed i beni senza diminuire gli stimoli dell'iniziativa privata. Sono proposti nuovi metodi, degni di essere discussi più dettagliatamente e di essere stu-

diati più a fondo nel chiaro delle realtà economiche e sociologiche. Per aumentare l'efficacia del meccanismo dei prezzi il governo dovrebbe abolire le restrizioni e controllare i monopoli, fissando prezzi «input» minimi e prezzi «output» massimi. Ogni volta che tale politica corre pericolo di diventare inefficace o che si corre pericolo di perdere i vantaggi della produzione in serie, il governo dovrebbe socializzare le industrie in questione e costringere a dei prezzi di costo marginali. Nel mercato del lavoro i sindacati operai dovrebbero comportarsi in maniera quasi competitrice, affinchè il meccanismo dei prezzi possa funzionare secondo le regole. L'elevazione del livello dell'occupazione e la politica di redistribuzione raccomendata sono considerate come una compensazione sufficiente per i sindacati. Nel settore del commercio estero è raccomendata una politica liberale nel senso d'Avana.

Benchè il recensore sia d'accordo con l'autore in quanto concerne i principi, è in dubbio riguardo alla realizzazione della politica proposta. La soluzione liberale-socialista, proposta dall'autore, esige un meccanismo governativo molto agile, un'amministrazione nell'istesso modo flessibile, un servizio statistico che sempre fornisce le ultime cifre ed un'ufficio di pianificazione economica che è in grado di fare previamente i calcoli più esatti sulla voglia del pubblico di comprare, sulla capacità produttiva delle industrie, sull'offerta di materie chiavi nel mercato mondiale e sulla domanda mondiale per esportazioni. Potrebbe accadere che mancano in molti paesi i contribuenti leali, gli esattori capaci o i dirigenti sindacali adatti o, infine, il nuovo tipo d'imprenditori di cui avranno bisogno le industrie socializzate.